




Böhmer: "Deutschland ist ein Einwanderungsland!"

Böhmer: "Deutschland ist ein Einwanderungsland!"
Die Zahlen des Migrationsberichts 2011 belegen: Deutschland ist heute ein Einwanderungsland. Und das ist gut so! Denn wir brauchen Fachkräfte. Die Zuwanderung kann uns stärken, wenn wir sie richtig gestalten. Wir dürfen deshalb die Fehler vergangener Jahrzehnte nicht wiederholen und die Zuwanderer sich selbst überlassen. Zuwanderung und Integration müssen stets zusammengedacht werden", betonte Staatsministerin Böhmer anlässlich der Verabschiedung des Migrationsberichts 2011 durch das Bundeskabinett. Laut Bericht gab es 2011 insgesamt 280.000 mehr Zuzüge als Fortzüge. Besonders in den Blick rückt die verstärkte Zuwanderung von Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten. 62,1 Prozent aller Zuwanderer nach Deutschland kamen 2011 aus einem anderen EU-Land. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Polen, Rumänien und Bulgarien. Gestiegen ist auch die Zahl der Zuzüge aus EU-Ländern, die besonders von der Finanzkrise betroffen sind. Integration gelingt auch bei Zuwanderern aus der EU nicht von alleine. Zudem sind sie keine homogene Gruppe. Viele von ihnen sind gut ausgebildet und erhoffen sich in Deutschland bessere berufliche Perspektiven als in ihrem Heimatland. Andere kommen ohne qualifizierten Abschluss nach Deutschland; sie sind Teil einer zunehmenden Armutswanderung innerhalb der EU. Deshalb ist es entscheidend, intensiver spezifische Integrationsangebote zu entwickeln", erklärte Böhmer. Von zentraler Bedeutung sind folgende drei Punkte: Das A und O einer gelingenden Integration sind gute Deutschkenntnisse. Auch wer gut ausgebildet ist, muss die deutsche Sprache beherrschen, um sich umfassend integrieren zu können. Deshalb setze ich mich für einen Rechtsanspruch von EU-Bürgerinnen und Bürgern auf eine Teilnahme an einem Integrationskurs ein. Zudem müssen auch die berufsbezogenen ESF-Sprachkurse verstärkt Zuwanderern aus der EU offen stehen. Gefordert sind jedoch auch die Arbeitgeber. Sie sollten ebenfalls ihre Anstrengungen intensivieren, die Integration von EU-Zuwanderern voranzubringen. Ein fester Arbeitsplatz reicht nicht aus, um sich in unserem Land wohlfühlen. Viele Arbeitgeber engagieren sich bereits tatkräftig: Sie bieten eigene Sprachkurse für ihre Mitarbeiter an, helfen bei der Betreuungssituation der Kinder oder unterstützen den Ehepartner bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Dieser Einsatz ist vorbildlich und gelebter Ausdruck einer Willkommengesellschaft! Die verstärkte Armutswanderung stellt insbesondere die Schulen vor große Herausforderungen. Sie dürfen keinesfalls alleine gelassen werden! Die Länder sind in der Pflicht, in den Schulen bessere Bedingungen zu schaffen, sodass Kinder, die kaum über Deutschkenntnisse verfügen, schnell den Bildungsanschluss finden können. Notwendig sind vor allem mehr Lehrerstunden für das Erlernen der deutschen Sprache. Zugleich müssen die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Aus- und Fortbildung besser auf die zunehmende Vielfalt in den Klassen vorbereitet werden", forderte Staatsministerin Böhmer. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=521012 width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".